

INTERESSENSGEMEINSCHAFT GEGEN DEN HAFENLÄRM AUS BIRSFELDEN
GRENZACH-WYHLEN

Antrag zu Händen des Districtrats TEB

Die Grenzacher Initiative gegen den Hafenzlärm aus Birsfelden bittet den Districtsrat um aktive Unterstützung und Erlass folgender Resolution:

- Keinesfalls darf ein Lärmemissionsprojekt, das vornehmlich die Anrainer des Nachbarstaates im TEB betrifft den üblichen Zulassungsweg aufgrund wirtschaftlicher Interessen verlassen und kurzfristig bewilligt werden.
- Die einvernehmliche Einigung mit der betroffenen Gemeinde am gegenüberliegenden Rheinufer ist Voraussetzung zur Baugenehmigung – wobei internationale Rechtsgrundlagen und anzuwenden sind: ein derartiges Projekt darf also nicht gegen das eindeutige Veto der betroffenen Gemeinde (am gegenüberliegenden Rheinufer) bewilligt werden (Einigungspflicht).
- Industrielle Baugesuche, deren Emission die Nachbarstaaten innerhalb des TEB betreffen, dürfen nur aufgrund eines auf beiden Seiten des Rheins (von den betroffenen Gemeinden) anerkannten Lärmgutachtens bewilligt werden.
- Die jeweiligen betroffenen Wohngebiete sind in ihrer lokalen staatlichen Definition zu berücksichtigen (zB. allgemeines oder reines Wohngebiet), die entsprechenden Immissionswerte sind einzuhalten.
- Dauerhafte Lärmmessungen sind einzurichten, wenn Lärmemissionen in Nachbarstaaten des TEB Anlass zu dauerhaften Beschwerden geben; bei wiederholter Überschreitung der zulässigen Grenzwerte müssen einschneidende zeitliche Stilllegungen der Lärm verursachenden Installationen angeordnet werden.
- Bei strategisch oder national wichtiger Begründung für Lärm verursachende Installationen müssen entsprechende, wirksame Schutzmassnahmen eingerichtet werden: ein derartiger Schrottplatz kann bei einem gegenüberliegenden Wohngebiet nicht frei zum Rhein hin gebaut werden sondern muss in ein gefangenes (inneres) Hafenbecken verlegt werden. Alternativ ist eine Container-Belieferung und Entsorgung anzustreben.
- Alternative Standorte müssen hinsichtlich der technischen Machbarkeit und nicht primär hinsichtlich der entstehenden Kosten evaluiert werden.
- Lärmemissionen aus bestehenden Installationen müssen soweit möglich reduziert werden, die bekannten Grenzwerte sind unbedingt einzuhalten. Grundlage: Lärmgutachten eines von beiden Seiten anerkannten unabhängigen Gutachters.